

## ■ BÜRGERMEISTER 2050

Interview mit Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier

**OÖGZ:**

*Der Bürgermeister im Jahr 2050. Wie wird dieses Amt ausschauen?*

**Univ.-Prof. Dr. Filzmaier:**

Die gute Nachricht ist: Das Bürgermeisteramt hat von allen politischen Ämtern die größte Chance, Bestand zu haben und weiterhin als richtig und wichtig gesehen zu werden. Die schlechte Nachricht ist: Von den inhaltlichen Zuständigkeiten bis zu den Kommunikationsformen wird es sich dramatisch verändern. Es bedarf einer klaren Entscheidung, entweder mehr Kommunitarismus und Föderalismus oder mehr Zentralismus, wo ich heute nicht weiß, wie sie ausgeht. Aber wir werden 2050 entweder eine klar höhere Verantwortung der Bürgermeister, vielleicht aber nicht mehr Ressourcen dafür haben. Oder die Gefahr, dass man mehr nur zum ausführenden Organ einer übergeordneten Ebene wird. Und beim Kommunikationsstil: Der klassische Bürgermeister, der von der örtlichen Veranstaltung bis hin sogar zum Stammtisch überzeugend sein muss, wird der Entwicklung neuer Kommunikationstechnologien auch nicht entkommen, sondern jemand sein, der genauso multimedial im Dauerkontakt mit den jetzt Jungen steht.

**OÖGZ:**

*Die Gemeindepolitik hat bei allen Umfragen von den Umfragewerten her noch die besten Ergebnisse, auch im Vergleich zu Landes- und Bundesebene. Allerdings zeigt sich, dass diese Umfragewerte auch für die Gemeindepolitik schlechter werden. Wo muss man ansetzen, damit man diese Entwicklung stoppt?*

**Univ.-Prof. Dr. Filzmaier:**

Erstens, Sie haben es völlig richtig beschrieben, das ist das viel zitierte halb volle, halb leere Glas. Man ist besser als auf Landes-, Bundes- und vor allem EU-Ebene, aber im eigenen Vergleich zu vor vielen Jahren schlechter. Ich warne davor, sich auf den billigen Standpunkt zurückzuziehen wie der kleine Bub, der schlammbefleckt und nach einer Rauferei mit Blut nach Hause kommt, sich nur zu rechtfertigen: Aber du müsstest mal die andern sehen. Die schauen noch viel ärger aus. Sondern man muss das sehr ernst nehmen. Der Ansatzpunkt, den ich kurzfristig empfehlen kann, ist folgender: Man muss auch auf der Gemeindeebene aufhören, das Gesamtimage zu beschädigen, nämlich durch die permanente Strategie und Kommunikationsform: Die da oben – nämlich auf Landes- und Bundesebene – sind ganz übel. Und es folgen noch viel deftigere Worte. Weil damit

ist das Gesamtimage des Berufsbildes Politiker, das eines der wichtigsten ist, beschädigt. Und diesen Sport, der kurzfristig für die jeweils nächste Bürgermeisterwahl oder Gemeinderatswahl helfen mag, muss man beenden, sonst schreitet der Image- und Vertrauensverlust bei allen Beteiligten fort.

**OÖGZ:**

*Also in Wirklichkeit sitzt die Politik in einem Boot?*

**Univ.-Prof. Dr. Filzmaier:**

Es gibt in der Wirtschaft den schönen Grundsatz: Was immer du tust, auch beim schärfsten Wettbewerb tust, schütze das Image der eigenen Branche und der eigenen Marke. Die Politik befolgt diesen Grundsatz einfach nicht, weil sie das nicht verstanden hat. In der Wirtschaft würde man sagen, dann gehen wir alle Pleite, in der Demokratie ist es noch dramatischer. Dann verlieren wir alle das Vertrauen und dann verliert Demokratie vielleicht nicht an Bestand, aber an Qualitäten.

**OÖGZ:**

*Es ist immer schwieriger, gerade auch auf der kommunalen Ebene, politisches Personal zu finden. Leute, die sich engagieren wollen, die bereit sind, diese Funktionen, diese Aufgaben zu übernehmen. Gibt es da Rezepte, um dem entgegenzuwirken?*

**Univ.-Prof. Dr. Filzmaier:**

Es hängt erstens zusammen mit dem, was in der Vorfrage angesprochen worden ist. Ich muss das Image des Politikerberufes hegen und pflegen. Weil, wer will schon einen Beruf ergreifen, wo man nicht auch ab und zu Anerkennung findet und sagt, ja, das ist was Wichtiges und Gutes, was du tust. Und wenn ich selbst das Image ruiniere, dann werde ich auch weniger Interessierte finden. Das zweite ist, und das ist der langfristige Ansatz: Ich muss über die Bedeutung, aber auch das Schöne am Beruf im Rahmen politischer Bildungsarbeit laufend und viel intensiver informieren. Denn, wenn ich knapp vor einer Bürgermeisterwahl, wo ein Langzeitamtsinhaber nicht mehr antritt, anfrage, herumzfragen, wer es machen will, ist es zu spät. Ich muss viele mögliche Junge viel früher ansprechen und auch weit jenseits der Parteigrenzen. Natürlich gibt es, wie in jeder Tätigkeit, auch Schattenseiten, aber wir sollten nicht allzu österreichisch sein und jammern, sondern wirklich das Positive in den Vordergrund stellen. Das wirkt nicht morgen, nicht übermorgen und auch nicht im nächsten Jahr, aber in vielen Jahren schon.



**OÖGZ:**

*In Oberösterreich läuft schon seit längerem und immer intensiver die Diskussion rund um Gemeindestrukturen bis hin zu Gemeindefusionen. Was sagt der Politikwissenschaftler dazu?*

**Univ.-Prof. Dr. Filzmaier:**

Er beschreibt zunächst das Phänomen der österreichischen und auch oberösterreichischen politischen Kultur: Veränderungen ja, aber bitteschön beim jeweils anderen. Klar, diese Diskussion ist offen zu führen, genauso wie übrigens die Diskussion klarerer Kompetenzverteilungen offen zu führen ist. Da muss man auch ehrlich dazusagen, das kann, wie ich sagte, mehr Kommunitarismus und Föderalismus oder genauso auch mehr Zentralismus als Ergebnis haben. Voraussetzung ist, ich sollte sie unter Einbeziehung der Betroffenen mit einem sehr langfristigen Zeitrahmen führen. Was übrigens immer noch kürzer ist, als wenn ich die Diskussion nachher habe. Und ich sollte sie, da finde ich ausnahmsweise den englischen Ausdruck für passend, „bottom up“ statt „top down“ führen. Also nicht als Vorschrift, aber auch nicht als nur Anleitung von oben, sondern wirklich als Sachdiskussion von unten. Und ich kann auch Gemeinden empfehlen, sich dabei professionell begleiten zu lassen. Nicht als psychologische Betreuung, sondern weil jemand von außen als Moderator hilfreich ist, der glaubhaft keine Eigeninteressen hat, sondern wirklich nur den Prozess moderiert. Ja, man muss sich dem stellen. Das Ergebnis wird dann höchst unterschiedlich sein.

**OÖGZ:**

Zum Abschluss eine Frage nicht zum kommunalen Sektor, sondern zu Ihrem Geschäft: Wohin entwickelt sich die Politikwissenschaft?

**Univ.-Prof. Dr. Filzmaier:**

Die Politikwissenschaft hat sich hoffentlich schon verändert, glaube ich. Indem sie einerseits ihren Erklärungsanspruch zurückschrauben muss, weil natürlich ein zweieinhalb Parteiensystem, das in Österreich extrem stabil war, sehr leicht zu erklären war. Sprich Bundesebene zwei Großparteien und eine

kleine Partei, also ÖVP, SPÖ und FPÖ, und in fast allen Bundesländern fixe Mehrheitsverhältnisse, sogar mit absoluter Mehrheit. Wir haben mittlerweile ein hochdynamisches politisches System mit laufenden Veränderungen, mit unerwarteten Entwicklungen. Die Politikwissenschaft muss sich da viel mehr als kritischer Fragesteller positionieren, ohne den Anspruch zu erheben, auch immer die richtigen Antworten sofort zu wissen. Das ist die eine Veränderung. Die zweite Veränderung: Die Politikwissenschaft ist viel enger als je zuvor mit der Kommunikationswissenschaft verbunden. Denn das Schlagwort Mediendemokratie gibt

es zwar schon länger, aber das war im ursprünglichen Begriff, auf Zeitungen und dann Fernsehen bezogen, gar nichts im Vergleich zu dem, was wir derzeit als Kommunikationsgesellschaft mit Internet und Social Media haben. Also die Politikwissenschaft muss interdisziplinärer werden als sie schon ist, vor allem auf die Kommunikationswissenschaft bezogen, aber natürlich auch auf andere Bereiche.

**OÖGZ:**

Herr Professor herzlichen Dank für das Interview.

**■ SCHULBESUCH ASYLWERBER**

Groß war die Enttäuschung bei rund 180 Schüler(inne)n mit Asyl- und Migrationshintergrund am ersten Schultag im September, als die Schultüren für sie verschlossen blieben: Der Besuch eines freiwilligen 10. Schuljahres in Pflichtschulen für außerordentliche Schüler(innen), die zuvor schon im System waren, wurde vom Bildungsministerium offiziell untersagt.

In Oberösterreich hat Integrations-Landesrat Rudi Anschöber gemeinsam mit dem Landesschulrat OÖ, engagierten Direktor(innen), Vertreter(inne)n des Bildungsministeriums, den NGOs und Bildungseinrichtungen an einer Lösung gearbeitet – die nun vorliegt.

Viele der Betroffenen sind heute in OÖ in einen der neun neu eingerichteten Lehrgänge zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses bzw in einen der weiteren fünf BHS-Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Aufnahme in BMS oder Lehre gestartet.

Die neun Lehrgänge zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses werden in Braunau, Linz (2), Perg, Schärading, Steyr (2), Vöcklabruck und Wels angeboten und von 183 Teilnehmer(inne)n, überwiegend aus Afghanistan, Syrien und dem Iran, besucht.

Weitere Jugendliche besuchen Vorbereitungslehrgänge für den Eintritt in eine höhere Schule, zB BMS oder Lehre in Bad Ischl, Freistadt, Linz, Perg und Weyer; auch konnten Jugendliche in einigen Lehrgängen an AHS-Standorten untergebracht werden, nämlich in Kirchdorf, Linz, Braunau, Wels, Perg und Steyr.

Für rund 30 Kids, die zB in einer Region ohne Bildungsangebot leben oder kaum al-

phabetisiert sind, wird aktuell noch nach ganz individuellen Lösungen gemeinsam mit den NGOs und Bildungseinrichtungen gesucht.

Dem Unterricht in diesen Lehrgängen liegen Lehrpläne des Bildungsministeriums zugrunde, dennoch liegt zu Beginn ein besonderer Schwerpunkt auf Deutsch, Ethik und Persönlichkeitsbildung, damit die neuen, jungen Mitbewohner(innen) möglichst schnell in unserer Gesellschaft ankommen.

LR Rudi Anschöber: „Danke allen Beteiligten, dass wir in Oberösterreich so schnell eine Lösung für die betroffenen Kids finden konnten und damit diesen rund 200 Jugendlichen durch den Schulbesuch wieder Hoffnung geben und die Möglichkeit des Schulabschlusses wahren. Das ist wichtig für die Integration in unserer Gesellschaft. Besonderes Engagement leisten hier unsere Direktor(innen) und Pädagog(innen), die tagtäglich am Miteinander, am Sprach- und Wissenserwerb sowie an der Wertevermittlung arbeiten – diese Leistung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, ein herzliches Dankeschön.“

Finanziert werden die Übergangsklassen aus dem „Integrationstopf“ des Bildungsministeriums.

LR Anschöber: „Nach einem guten Gespräch mit Bildungsministerin Hamerschmid bin ich zuversichtlich, dass eine Gesetzesreform bereits für kommendes Schuljahr umgesetzt werden kann, sodass wir allen Kindern und Jugendlichen einen reibungslosen Schulstart ermöglichen können.“

**■ DAS WAR DIE BÜRGERMEISTERAKADEMIE 2017**

Wie jedes Jahr trafen sich auch heuer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zum Gedankenaustausch und um hochkarätige Referenten aus Politik und Wissenschaft zu hören.

Heuer konnte Univ.-Prof. Dr. Filzmaier von der Donau Uni Krems als Vortragender gewonnen werden. Er referierte zum Thema „Bürgermeister 2050“ (s dazu das Interview auf Seite 324).

Besonders interessiert haben die Teilnehmer den Ausführungen „ihrer“ Landesräte, LR Birgit Gerstorfer, LR Max Hiegelsberger und LR Elmar Podgorschek, zugehört.

Zentrales Thema waren heuer natürlich die Finanzen. Neben dem gerade eben erst abgeschlossenen Finanzausgleich steht ja die Neuordnung der Gemeindefinanzen auf oberösterreichischer Ebene auf der Tagesordnung. Dazu hat Präsident Hans Hingsamer umfassend informiert.

Aberundet wurde die Vortragsreihe durch einen Beitrag von Univ.-Prof. Dr. Markus Achatz, der als Verfassungsrichter über die rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Vorschreibung von Gebühren referierte und Dir. Mag. Franz Flotzinger, der aufbauend auf den Festlegungen des Kremsmünsterer Manifests Überlegungen zum Thema Strukturreform darstellte.

Dass sich diese Veranstaltung bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern großer Beliebtheit erfreut, sieht man auch daran, dass wir heuer so viele Teilnehmer wie noch nie begrüßen durften. Das freut uns, liegt aber auch daran, dass der Austausch untereinander ein zentraler Nutzen der Bürgermeisterakademie ist und sein soll.